

Regionalstrategie Donauraum/Westbalkan

Zusammenfassung und Ausblick

Die außen-, wirtschafts-, sicherheits- und entwicklungspolitische Bedeutung der Region Donauraum/Westbalkan für Österreich (AT) und die für die regionale Integration und die EU Heranführung bestehende Notwendigkeit fortgesetzter Reformen, haben die Erarbeitung einer Regionalstrategie Donauraum/Westbalkan notwendig gemacht. Die Strategie versteht sich komplementär zu den Landesstrategien der Schwerpunktländer und verfolgt eine dynamische gesamtstaatliche Perspektive.

Die entwicklungspolitische Reformpartnerschaft mit den sechs Ländern am Westbalkan und mit der Republik Moldau (MD) basiert auf folgenden zwei außen- und entwicklungspolitischen Zielen:

1. Intensivierung der regionalen Zusammenarbeit
2. Unterstützung der EU-Heranführung

und auf drei entwicklungspolitischen Schwerpunkten:

1. Wirtschaft und Entwicklung: Fokus auf Beschäftigung
2. Bildung: Fokus auf arbeitsmarktorientierte, sozial inklusive Berufsbildung und Hochschulbildung
3. Regierungsführung, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit: Institutionenaufbau im Kontext der EU-Heranführung

Querschnittsthemen: Geschlechtergleichstellung, soziale Inklusion, Umwelt und Klimawandel, wobei die Betonung des menschenrechtsbasierten Ansatzes als Grundprinzip des Dreijahresprogramms der österreichischen Entwicklungspolitik (3JP) für alle Schwerpunkte, Querschnittsthemen und Entwicklungsprojekte gilt.

Die OEZA schafft mit diesen Schwerpunktsetzungen eine positive Perspektive für ein inklusives Breitenwachstum sowohl für die Menschen am Westbalkan und in MD als auch für die Rückkehr von Staatsbürgern der Westbalkanregion und aus MD aus dem Ausland. Daneben soll diese Kooperationsstrategie vor dem Hintergrund des weltweit zunehmenden Extremismus und Terrorismus zu einer verstärkten migrationspolitischen Zusammenarbeit mit den Transitländern des Westbalkans und MD, **einschließlich der Verpflichtungen aus den EU- bzw. bilateralen Rückübernahmeabkommen mit den Staaten der Region**, beitragen. Die neu geschaffene gesamtstaatliche Abstimmungskultur in AT und in den Partnerländern ermöglicht es, auf neue Entwicklungen und humanitäre Krisen im Zusammenhang mit Migration rasch und flexibel reagieren zu können.

Die Entwicklungsziele der Vereinten Nationen bilden den gemeinsamen entwicklungspolitischen Handlungsrahmen. Im Geiste der „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ (auch: Ziele für nachhaltige Entwicklung / Sustainable Development Goals - SDGs) soll das Nachhaltigkeitsprinzip in ausgewogener Weise in den drei Säulen Soziales, Umwelt und

Wirtschaft verwirklicht werden. Dem Leitgedanken der Agenda 2030 - „leave no one behind“ - soll durch besondere Beachtung der Geschlechtergleichstellung und der Einbeziehung von benachteiligten Bevölkerungsgruppen wie Menschen mit Behinderungen, Kindern und ethnischen bzw. religiösen Minderheiten Rechnung getragen werden.

Als kleiner Geber hat AT ein besonderes Interesse an einer effektiven Koordination, Zusammenarbeit und Harmonisierung mit anderen internationalen Akteuren sowie an einer effizienten Arbeitsteilung. Dies bedingt eine stärkere Vernetzung und strategische Zusammenarbeit jener österreichischen Institutionen, die sich um EU-Mittel bewerben.

Die Bundesregierung verfolgt das Ziel, die Kohärenz der österreichischen EZA zu stärken und sie an neue Herausforderungen anzupassen. Durch verbessertes Qualitätsmanagement und Resultatorientierung in Kooperation mit den Fachressorts, dem Parlament, den Sozialpartnern und der Zivilgesellschaft sowie der interessierten Öffentlichkeit und in enger Abstimmung mit den Zielgruppen in Partnerländern sollen die Lebensbedingungen in den Partnerländern positiv verändert werden.

Für die entwicklungspolitische Gesamtkoordination in der Region Donauraum/Westbalkan wird eine interministerielle Plattform unter Teilnahme des Parlaments und der Zivilgesellschaft gebildet. Im Sinne der Kohärenz im Dienste der Entwicklung nehmen alle Teile der Bundesverwaltung und Zivilgesellschaft, die über ein relevantes geographisches und thematisches Interesse sowie über konkrete Erfahrungen verfügen, daran teil. Den Koordinations- und Kohärenzerfordernissen wird über Einladung des BMEIA und der ADA durch die ODA-Hauptakteure, einschließlich Humanitäre Hilfe, entsprochen. Die Akteure bündeln ihre Interessen und treffen sich jedenfalls halbjährlich.

Österreichs Rolle in der Region besteht in der fortgesetzten Unterstützung der politischen und wirtschaftlichen Stabilisierung und Sicherheit der Region durch die EU-Heranzuführung, die regionale Zusammenarbeit, die vor allem durch den Regionalen Kooperationsrat (RCC) und durch den Berlin-Prozess gestärkt wird, und die Aussöhnung zwischen den Ländern und Volksgruppen.

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	1
Inhaltsverzeichnis	3
Abkürzungsverzeichnis	4
1. Hintergrund	6
2. Lage in der Region	7
3. Bisherige Erfolge und künftige Rolle Österreichs in der Region	8
4. Geografischer Wirkungsbereich und Laufzeit der Strategie	9
5. Außen- und entwicklungspolitische Ziele	9
6. Thematische Schwerpunkte	11
6.1. Wirtschaft und Entwicklung	11
6.2. Arbeitsmarktorientierte Berufsbildung und Hochschulbildung	12
6.3. Regierungsführung, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit	14
6.4. Querschnittsbereiche	16
7. Strategischer Bezugsrahmen	17
7.1. Partner	18
7.2. Instrumente	19
7.3. Finanzierung	20
7.4. EU-und multilaterale Zusammenarbeit	21
7.4.1 Delegierte Kooperationen	22
7.5 Regionale Zusammenarbeit	23
8. Kohärenz und Koordination	24
9. Ziele, Resultate, Indikatoren.....	25
Resultatmatrix.....	27

Abkürzungsverzeichnis

3JP Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungspolitik
AC AußenwirtschaftsCenter
ADA Austrian Development Agency, Österreichische Entwicklungsagentur
AT Österreich
BA Bosnien und Herzegowina
BIP Bruttoinlandsprodukt
BMASK Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz
BMBF Bundesministerium für Bildung und Frauen
BMEIA Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres
BMF Bundesministerium für Finanzen
BMI Bundesministerium für Inneres
BMLFUW Bundesministerium für Land-und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft
BMLVS Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport
BMWFW Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft
CAS Center for Advanced Studies
CDRSEE Center for Democracy and Reconciliation in Southeast Europe
CEDC Central European Defence Cooperation
CH Schweiz
CSOs Civil Society Organizations, Zivilgesellschaft
CZ Tschechien
DAC Development Assistance Committee
DE Deutschland
EBRD European Bank for Reconstruction and Development
EHEA European Higher Education Area
EIB European Investment Bank
EK Europäische Kommission
ERA European Research Area
EU Europäische Union
EuR Europarat
ERI European Research Initiative
EUAIS EU Adria Ionic Strategy
EUSDR EU Strategy for the Danube Region/EU-Donauraumstrategie
ERI SEE Education Reform Initiative of South Eastern Europe
EZA Entwicklungszusammenarbeit
FL Fürstentum Liechtenstein
HR Kroatien
IACA International Anti-Corruption Academy
IDM Institut für den Donauraum und Mitteleuropa
IFI Internationale Finanzinstitutionen
ILECU International Law Enforcement Coordination Unit
IM Indirect Management (Delegierte Kooperation)
IMF International Monetary Fund
IPA Instrument for Pre-Accession Assistance
IT Italien

KKA KulturKontakt Austria
KOBÜ Koordinationsbüro
LGBTI Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender, Intersexual
LOGON Local Governments Network
MD Republik Moldau
MK Mazedonien
MN Montenegro
NALAS Netzwerk südosteuropäischer kommunaler Verbände
NMS Neue Mitgliedsstaaten
NRO Nichtregierungsorganisation
ÖBH Österreichisches Bundesheer
ODA Official Development Assistance
OECD Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OeEB Oesterreichische Entwicklungsbank
ÖFSE Österreichische Forschungstiftung für Internationale Entwicklung
OECD Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OEZA Österreichische Entwicklungszusammenarbeit
ÖStB Österreichischer Städtebund
OSZE Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PCD Policy Coherence for Development, Politikkohärenz
RCC Regional Cooperation Council, Regionaler Kooperationsrat
RS Serbien
SDGs Sustainable Development Goals, nachhaltige Entwicklungsziele
SECI Southeast European Cooperative Initiative
SEEMO South-East Europe Media Organisation
SI Slowenien
SK Slowakei
TAIEX Technical Assistance and Information Exchange
UNDP United Nations Development Programme
UNICEF United Nations International Children's Emergency Fund
VEF Vienna Economic Forum
VET Vocational Education and Training, praxisbezogene Berufsbildung
WB Weltbank
WKÖ Wirtschaftskammer Österreich
WUS World University Service
ZEI Zentraleuropäische Initiative

1. Hintergrund

Die Region Donauraum/Westbalkan ist politisch von zentralem Interesse für AT und die Europäische Union (EU). Aufgrund der außen-, wirtschafts-, sicherheits- und entwicklungspolitischen Priorität der Region Donauraum/Westbalkan für AT ist die Erstellung einer Regionalstrategie Donauraum/Westbalkan mit einer gesamtstaatlichen Perspektive für den Bereich der Entwicklungszusammenarbeit als Ergänzung der Landesstrategien der Schwerpunktländer und komplementär zum Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungspolitik (3JP) und den Strategien der anderen österreichischen ODA-Akteure notwendig geworden. Der Westbalkan ist gemäß Sicherheitsstrategie die Schwerpunktregion der österreichischen Sicherheitspolitik. Der von AT unterstützte EU-Beitritt der Westbalkanländer und die Heranführung der Republik Moldau (MD) an die EU im Rahmen des Assoziierungsabkommens sowie die friedenserhaltenden Operationen des BMLVS sind ein aktiver Beitrag zu Frieden, Stabilität und wirtschaftlichem Wachstum.

Die aktive AT-Beteiligung an den seit den 1990er Jahren stattfindenden friedenserhaltenden internationalen Operationen sowie der Beteiligung an Maßnahmen des zivilen Krisenmanagements in Bosnien und Herzegowina (BA) und im Kosovo haben die Stabilisierung der Region und somit den Aufbau von demokratischen Systemen sowie das Funktionieren von marktwirtschaftlichen Strukturen ermöglicht. Dieser AT-Friedensbeitrag in der Region hat nicht nur einen direkten Mehrwert für die Sicherheit Österreichs, sondern für die gesamte EU.

Neben den militärischen Operationen stellen auch die zivilen Missionen des BMI und BMJ einen wesentlichen Beitrag zur Stabilisierung und zum Aufbau von polizeilichen und rechtsstaatlichen Strukturen in der Region dar. Zudem münden die zivilen Missionen oft in EU- oder bilaterale Projekte.

Angesichts des nach wie vor bestehenden ethnischen Konfliktpotentials und der Herausforderungen durch Terrorismus und Extremismus muss das sicherheitspolitische Engagement Österreichs und der EU in dieser Region weiter aufrecht erhalten bleiben und durch interkulturellen und interreligiösen Dialog ergänzt werden. Im Kontext von Migration und Entwicklungszusammenarbeit ist vor dem Hintergrund des weltweit zunehmenden Extremismus und Terrorismus eine vermehrte entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit den Transitländern des Westbalkans und MD zur Armutsminderung und zur Förderung von Sicherheit, Wohlstand, Frieden und der Menschenrechte geplant.

Die Regionalstrategie soll zusammen mit den bilateralen Landesstrategien - auf Grundlage der Ziele und Prinzipien des EZA-Gesetzes und des aktuellen entwicklungspolitischen 3JPs der Bundesregierung - strategische Schwerpunkte für das gesamtstaatliche Engagement der einzelnen Ressorts und EZA-Akteure in der Schwerpunktregion Donauraum/Westbalkan bilden. Als kleiner Geber und angesichts der angespannten Budgetsituation muss AT durch bessere Vernetzung aller staatlichen und nichtstaatlichen ODA-Akteure sowie durch bilaterale und multilaterale Zusammenarbeit und Koordinierung mit der internationalen Gebergemeinschaft, insbesondere im Rahmen der EU als größtem Geber, Kräfte optimal bündeln, um die Wirksamkeit zu erhöhen und österreichische Aktivitäten und Potentiale stärker sichtbar zu machen. Diese optimale Nutzung von Synergien und

Potentialen erfordert klare Schwerpunktsetzungen, die dann mittel- und langfristig neue integrative Projektansätze ermöglichen.

Diese gesamtstaatliche Regionalstrategie Donauraum/Westbalkan basiert auf folgenden Voraussetzungen:

Den strategischen Bezugsrahmen bilden:

- die EU-Entwicklungspolitik 2014 bis 2020, die darauf ausgerichtete Regional Cooperation Council (RCC)-Entwicklungsstrategie SEE 2020, die EU-Donauraumstrategie (EUSDR) und die Westbalkan-Regionalstrategien der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), des Europarats (EuR), der Vereinten Nationen (VN) und der Internationalen Finanzinstitutionen (IFI);
- sowie der politische Berlin-Prozess seit 2014;
- bilaterale und multilaterale Zusammenarbeit und Koordinierung mit der internationalen Gebergemeinschaft, insbesondere im Rahmen der EU, mit dem mittelfristigen Ziel einer gemeinsamen Programmierung;
- Bestmögliche Vernetzung aller staatlichen und nichtstaatlichen österreichischen ODA-Akteure in der Region und in AT;
- Ökologisch nachhaltige und sozial inklusive wirtschaftliche Entwicklung der Region, wobei Bildung und vor allem arbeitsmarktorientierte Berufsbildung eine Schlüsselrolle in der Armutsminderung, für die nachhaltige Entwicklung und die menschliche Sicherheit spielen.

2. Lage in der Region

Von 1998 bis 2008 zählte die Region Donauraum/Westbalkan mit durchschnittlichen Wirtschaftswachstumsraten von über 5vH zu den dynamischsten Regionen der Welt. Keine andere Region hat in diesen zehn Jahren, laut Weltbank (WB), ein derartig rasches Aufholtempo aufgewiesen. Trotzdem liegt die Region beim Konvergenzprozess heute weit hinter den neuen Mitgliedstaaten (NMS) zurück. Ist bei den NMS das BIP pro Kopf schon auf 55vH der alten EU-Mitgliedstaaten (EU-MS) gestiegen, liegt die Quote auf dem Westbalkan bei 30vH.

Der Rückstand gegenüber den NMS erklärt sich einerseits durch deren räumliche Nähe zu Kerneuropa und dessen Wertschöpfungsketten, andererseits dadurch, dass Strukturreformen am Westbalkan langsamer und weniger tiefgreifend waren als in den NMS, insbesondere beim Abbau des staatlichen Einflusses sowie bei der Bekämpfung der Korruption. Der IMF diagnostiziert ab Mitte der 2000er Jahre noch vor der Wirtschafts- und Finanzkrise eine weitgehende Blockade des Transformationsprozesses, eine um sich greifende Reformmüdigkeit und wachsenden Einfluss reformfeindlicher Interessensgruppen.

Die starke Abhängigkeit der Wirtschaft von der Konjunktur in der Eurozone, die enge Verknüpfung mit der EU und der einerseits rasche, andererseits auch schleppende Transitionsprozess haben dazu geführt, dass die Finanzkrise auf diese Region besonders negative Auswirkungen hatte, was zu einem Einbruch der ausländischen Direktinvestitionen und zu einer restriktiven Kreditvergabe beigetragen hat. Für Österreichs gesamtstaatliche Interessen bedeutet dies Risiken (weltweit höchste Jugendarbeitslosigkeit in der Region, Abwanderung von Fachkräften, irreguläre Migration) aber auch Chancen (gut ausgebildete Fachkräfte für die österreichische Wirtschaft). Gewaltbereiter Extremismus verlangt nach polizeilicher und justizieller Kooperation mit und Kapazitätsstärkung in den Transitländern.

Die Region ist weiterhin von einem großen Nachholbedarf in vielen Bereichen gekennzeichnet. Insbesondere unzulängliche Verkehrs- und Umweltinfrastruktur, Korruption und Aufteilung der Macht auf wenige Eliten und Oligarchen, fehlende Rechtsstaatlichkeit und ein schwerfälliger Justizapparat, Ineffizienz der Verwaltung, mangelnde Zahlungsmoral, Behördenwillkür, undurchsichtige Auftragsvergaben und politische Instabilität bilden Hindernisse für die Ankurbelung der Wirtschaft, für verstärkte Investitionen in die Errichtung von Arbeitsplätzen schaffenden Unternehmen und für den Ausbau der Handelsbeziehungen. Zudem leiden weite Kreise der Zivilgesellschaft unter politischer Repression, Vetternwirtschaft, staatlich gelenkten Medien, mangelhafter medizinischer Versorgung und sozialer Absicherung, was die Entstehung neuer politischer Kräfte erschwert.

Zudem wurden BA und RS durch die Flutkatastrophe im Mai 2014 neuerlich stark in Mitleidenschaft gezogen; generell stellt der Klimawandel für die Länder des Westbalkans und MD eine enorme Bedrohung dar.

Ein Drittel der Haushalte am Westbalkan und in MD lebt in Armut, 9vH in extremer Armut, was in beiden Armutskategorien doppelt so hoch wie der EU-Durchschnitt ist. Ein Viertel der arbeitsfähigen Bevölkerung ist in mehreren Staaten der Region ohne Arbeit. Der informelle Sektor (Schattenwirtschaft) ist stark ausgeprägt. Von diesen Umständen sind vor allem Jugendliche betroffen, was sich in einer der weltweit höchsten Raten von Jugendarbeitslosigkeit am Westbalkan und in MD widerspiegelt. Alle Länder, außer dem Kosovo, haben eine schrumpfende Einwohnerzahl bei gleichzeitig alternder Bevölkerung, die von einer hohen Emigration (ca. ein Viertel der Bevölkerung) der Arbeitsfähigen gekennzeichnet ist. Das stellt die Region vor eine große Herausforderung hinsichtlich der Absicherung nachhaltigen wirtschaftlichen Wachstums und der Nachhaltigkeit ihrer Sozialsysteme.

3. Bisherige Erfolge und künftige Rolle Österreichs in der Region

Die außen-, wirtschafts-, sicherheits- und entwicklungspolitische Bedeutung der Region Donauraum/Westbalkan für AT ist aus folgenden Daten ablesbar: Das gesamtstaatliche österreichische Engagement in den sechs Westbalkanstaaten und in MD von 1990 bis 2014 beläuft sich laut den an die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) bzw. an das Development Assistance Committee (DAC) gemeldeten ODA-Leistungen auf insgesamt USD 9,4 Mrd., d.s. ca. EUR 8,65 Mrd. Dazu kommen noch Direktinvestitionen österreichischer Unternehmen in den sechs Westbalkanstaaten und in MD im selben Zeitraum von EUR 26,16 Mrd., wodurch AT der größte Investor in RS, BA sowie in den beiden EU-MS Slowenien (SI) und Kroatien (HR) ist und neben Deutschland (DE) und Italien (IT) zu den bedeutendsten Auslandsinvestoren in der Region gehört.

Die österreichischen Exporte in die Westbalkanländer und nach MD haben von 1995 bis 2014 ein Volumen von EUR 14,4 Mrd. erreicht (2014: EUR 1,079 Mrd.; 2013: EUR 1,16 Mrd., 2012: EUR 1,18 Mrd.). Für österreichische Unternehmen bilden die geografische Nähe der Region, die gut ausgebildeten Arbeitskräfte, die niedrigen Lohnkosten, die vergleichsweise günstige Unternehmensbesteuerung und die starke Präsenz österreichischer Banken in den Staaten der Region, attraktive wirtschaftliche Anreize für Investitionen und den Ausbau der Handelsbeziehungen. Österreichs politische Unterstützung für die EU-Integration der Region, die großzügige humanitäre Hilfe während der Kriege in Ex-Jugoslawien (z.B. Aktion Nachbar

in Not), in Katastrophenfällen wie das Hochwasser in BA und RS im Mai 2014, seine Rolle als wichtiger Investor und international anerkannter Vermittler sowie eine starke Diaspora aus der Region in AT, haben den guten Ruf und das positive AT-Image in der Region begründet und durch das langjährige starke entwicklungspolitische Engagement gefestigt.

An den Missionen des Österreichischen Bundesheeres (ÖBH) in BA sowie im Kosovo in den Jahren 1996 - 2014 haben mehr als 20.000 Ressortangehörige des BMLVS teilgenommen. Der Kostenfaktor dieser Friedensoperationen betrug bisher über 652 Millionen Euro. Bei der Hochwasserkatastrophe 2014 waren in BA österreichische Heereshubschrauber im Einsatz, die alleine im Mai 800 Personen aus den betroffenen Gebieten evakuiert haben. Insgesamt bereiteten Angehörige des BMLVS in ihrem zweimonatigen Einsatz mehr als 3 Millionen Liter Trinkwasser für ca. 50.000 Personen in 36 Ortschaften auf. Zusätzlich wurden Brücken gebaut und öffentliche Gebäude dekontaminiert.

Auch im Bereich Bildung kooperiert AT seit den 1990er Jahren mit den Partnerländern in der Region in einer ganzen Reihe von erfolgreichen Projekten, z.B. im Schwerpunktbereich Berufsbildung, aber auch bei Demokratisierung und Institutionenaufbau. Dadurch werden systemische Bildungsreformen in der Region unterstützt. Auch bildungspolitische Kooperationsinitiativen, etwa im Rahmen des Stabilitätspakts, des RCC und zuletzt in der EUSDR, haben schon viel bewirkt und fördern den Austausch zwischen Ländern in der Region und der EU. Österreichs künftige Rolle in der Region besteht in der fortgesetzten Unterstützung der politischen und wirtschaftlichen Stabilisierung und Sicherheit der Region durch die EU-Heranhilfe, die regionale Zusammenarbeit und die Aussöhnung zwischen den Ländern und Volksgruppen.

Die konsequente Umsetzung dieser gesamtstaatlichen Regionalstrategie und ihrer entwicklungsstrategischen Ziele, thematischen Schwerpunkte und Querschnittsthemen unter strikter Beachtung der menschenrechtlichen Prinzipien und in enger Zusammenarbeit mit den Partnerländern der Region und der internationalen Gebergemeinschaft, insbesondere der EU als größtem Geber, wird die Rolle Österreichs in der Region nachhaltig stärken.

4. Geografischer Wirkungsbereich und Laufzeit der Strategie

Der geografische Wirkungsbereich dieser Regionalstrategie erstreckt sich auf Albanien (AL), BA, Kosovo, Mazedonien (MK), Montenegro (MN) und RS sowie auf MD. Während es bis 2010 noch sieben Schwerpunktländer der OEZA in der Region gegeben hat, verbleiben 2015 nur mehr AL und Kosovo sowie im Sinne der Brückenfunktion zwischen den beiden Schwerpunktregionen Donauraum/Westbalkan und Schwarzmeerraum/Südkaucasus auch MD als OEZA-Schwerpunktländer in der Region. Dies geschieht ganz im Sinne der Empfehlungen des OECD-DAC, der Eröffnung einer EU-Beitrittsperspektive für die Partnerländer am Westbalkan, nach langjährigem, erfolgreichem Engagement auf dem Westbalkan und dem stufenweisen Rückzug der traditionellen bilateralen EZA aus dem Westbalkan.

Diese Regionalstrategie ist Ausdruck einer neuen entwicklungsstrategischen Akzentsetzung und Neugewichtung zur inhaltlichen Weiterentwicklung und Effizienz der österreichischen Interventionen in der Region Donauraum/ Westbalkan. Sie dient gleichzeitig der Pilotierung

des entwicklungspolitischen 3JP-Planungszyklus der Bundesregierung ab 2016. Die Laufzeit der Regionalstrategie ist bis 2020 analog zur EU-Wachstumsstrategie 2010 und der darauf basierenden RCC-Entwicklungsstrategie SEE 2020 angelegt. Sie sieht eine Mid-Term Review 2018 und gemeinsame Evaluierungen der Regionalstrategie durch die österreichischen EZA-Akteure in enger Konsultation mit den Partnerländern, im Interesse einer entwicklungspartnerschaftlichen Zusammenarbeit und Koordination, vor.

5. Außen- und entwicklungspolitische Ziele

Die Armutsminderung ist neben der Sicherung des Friedens und der menschlichen Sicherheit sowie der Erhaltung der Umwelt und dem Schutz natürlicher Ressourcen das übergeordnete strategische Ziel des gesamtstaatlichen Engagements Österreichs in der Region im Sinne des EZA-Gesetzes. Die Achtung und Förderung aller Menschenrechte als gemeinsame, untrennbare, universell gültige Werte sind unverrückbare Grundlagen der Entwicklungspolitik.

Die Entwicklungsziele der Vereinten Nationen bilden den gemeinsamen entwicklungspolitischen Handlungsrahmen. Im Geiste der „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ (auch: Ziele für nachhaltige Entwicklung/Sustainable Development Goals - SDGs) soll das Nachhaltigkeitsprinzip in ausgewogener Weise in den drei Säulen Soziales, Umwelt und Wirtschaft verwirklicht werden. Dem Leitgedanken der Agenda 2030 - „leave no one behind“ - soll durch besondere Beachtung der Geschlechtergleichstellung und der Einbeziehung von benachteiligten Bevölkerungsgruppen wie Menschen mit Behinderungen, Kindern und ethnischen bzw. religiösen Minderheiten Rechnung getragen werden.

Durch die EU-Integration bzw. im Falle von MD durch EU-Annäherung kann ein Beitrag zur politischen und wirtschaftlichen Stabilisierung und Sicherheit der Region geleistet werden. Die Entwicklungsreformpartnerschaft mit den sechs Ländern am Westbalkan und mit MD basiert auf zwei außen-und entwicklungspolitischen Zielen:

1. Intensivierung der regionalen Zusammenarbeit: Aussöhnung zwischen den Ländern und Volksgruppen, Konfliktprävention, Friedenskonsolidierung, grenzüberschreitende Kooperation und Abschluss von bilateralen Grenzabkommen, Berlin-Prozess, regionaler Infrastrukturausbau und Stabilität der Region.
2. Unterstützung der EU-Heranführung: durch Anpassung an EU-Standards und Unterstützung bei der Umsetzung des Acquis Communautaire, durch Förderung von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit, Unterstützung für demokratische Einrichtungen, Verwaltungs-, Finanz-, Wirtschafts-, Justiz- und Bildungsreform, Privatsektorentwicklung, Unterstützung und Förderung der Teile der Zivilgesellschaften, die Reformen im Sinne europäischer Werte und Rechte wünschen sowie der Kooperation der staatlichen Institutionen mit diesen, Armutsminderung durch Beseitigung von Ungleichheiten durch Förderung von benachteiligten Bevölkerungsgruppen wie Menschen mit Behinderungen, Kinder und ethnischen bzw. religiösen Minderheiten und durch Geschlechtergleichstellung. Vertiefung der Kenntnisse der BürgerInnen der Region Donauraum/Westbalkan über die EU.

Diese außen-und entwicklungspolitischen Ziele sollen konkret durch Projekte der staatlichen und nicht-staatlichen österreichischen EZA-Akteure am Westbalkan und in MD erreicht werden. Dabei bringt AT neben den thematischen OEZA-Schwerpunkten folgende

Engagements der Fachressorts komplementär ein: Berufsbildung im Sinne der „Riga Conclusions 2015 on a New Set of Medium-term Deliverables in the Field of VET for the Period 2015-2020“, Sozialdialog, Demokratisierung/Menschenrechte und ein breites Netzwerk des interkulturellen und interreligiösen Dialogs.

Beide Ziele sollen zusätzlich auch durch eine verstärkte entwicklungspolitische Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit in AT erreicht werden: Vertiefung der Kenntnisse einerseits über das gesamtösterreichische Engagement in der Region, andererseits über die Westbalkanländer und MD; Unterstützung des Engagements in der Region durch stärkere Einbindung der in AT ansässigen Diaspora sowie der österreichischen Medien (Medienreisen in OEZA-Schwerpunktländer).

Entwicklungspolitische Bildungsarbeit trägt dazu bei, gegenseitiges Verständnis, Respekt und persönliches Engagement zu wecken und zu vertiefen. AT fördert daher entwicklungspolitische Kommunikation und Bildung in AT und engagiert sich in einer breitenwirksamen Öffentlichkeitsarbeit.

6. Thematische Schwerpunkte

Entwicklungspolitisch verfolgt AT am Westbalkan und in MD drei thematische Schwerpunkte, wobei die Betonung des menschenrechtsbasierten Ansatzes als Grundprinzip des 3JP für alle Schwerpunkte und Projekte gilt:

1. Wirtschaft und Entwicklung: Fokus auf Beschäftigung
2. Bildung: Fokus auf arbeitsmarktorientierte, sozial inklusive Berufsbildung und Hochschulbildung
3. Regierungsführung, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit: Institutionenaufbau im Kontext EU-Heranhführung

Querschnittsthemen: Geschlechtergleichstellung, Soziale Inklusion, Umwelt und Klimawandel (unter Berücksichtigung des Nexus-Ansatzes gemäß 3JP).

6.1. Der Fokus von Wirtschaft und Entwicklung ist auf die nachhaltige und sozial inklusive wirtschaftliche Entwicklung und auf die Verbesserung der rechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen für die Förderung von Beschäftigung, insbesondere zur Bekämpfung der hohen Jugendarbeitslosigkeit sowie auf die Unterstützung eines sozialen Dialogs, gerichtet. Der Privatsektor, insbesondere KMUs profitieren von einem regionalen Ansatz, der alle Aspekte der Produktions-, Vermarktungs- und Verteilungsprozesse entlang der gesamten Wertschöpfungskette miteinbezieht. Damit eröffnen sich neue Möglichkeiten zur Teilnahme am Markt und somit zur Schaffung eines nachhaltigen Einkommens für arme und benachteiligte Bevölkerungsschichten als Beitrag zur Armutsminderung in der Region.

Öffentliche Infrastrukturinvestitionen zur Entwicklung der Wirtschaft und Verbesserung der Beschäftigung in der Region Donauraum/Westbalkan kann AT durch Unterstützung/Kofinanzierung konkreter IFI-Programme und Projekte fördern. IFIs sind wichtige multilaterale Institutionen in der internationalen EZA: Sie sind bedeutende Akteure, um Entwicklungsziele zu erreichen und globalen Herausforderungen effizient und koordiniert zu begegnen. Die Wettbewerbsfähigkeit der Westbalkanstaaten und von MD ist durch überregionale Investitionen in öffentliche Transport-(Straße und Schiene) sowie

Energieinfrastruktur und durch die Unterstützung des Aufbaus bzw. der Modernisierung von technologieintensiven Industrien zu verbessern. IFIs wie die WB, European Bank for Reconstruction and Development (EBRD) und European Investment Bank (EIB) unterstützen die Infrastrukturprojektfinanzierung.

Für die Oesterreichische Entwicklungsbank (OeEB) ist, gemäß ihrer Geschäftsstrategie, die Region Donauraum/Westbalkan eine Schwerpunktregion. Die OeEB hat in thematischer Hinsicht ihren regionalen Schwerpunkt auf der Unterstützung von mikro-, kleinen und mittelgroßen Unternehmen sowie in den Bereichen erneuerbare Energie und Ressourceneffizienz. Die OeEB leistet damit einen Beitrag zur Armutsminderung durch Unterstützung des Privatsektors in den jeweiligen Zielländern. Von der OeEB umgesetzte Projekte müssen daher nicht nur wirtschaftlich tragfähig sein, sondern auch einen entwicklungspolitischen Mehrwert aufweisen. Die Entwicklung des Privatsektors nimmt im Kontext von Wirtschaft und Beschäftigung eine Schlüsselrolle ein. Beschäftigung, insbesondere auch der Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit, ist ein essentieller Faktor für Frieden und Sicherheit in der Region. Dies entspricht auch einem der fünf Ziele des in Busan verabschiedeten „New Deal for Engagement in Fragile States“.

Durch diese Priorisierung in der OEZA und durch die vom Bundesministerium für Finanzen (BMF) in Kooperation mit den IFIs unterstützten Projekte in den Bereichen Wasser/Energie, Urbanisierung, Infrastruktur, Investitionsklima, Finanzsektor-Stabilität bzw. Management, Financial Reporting Reform und Steuerreform leistet AT einen wesentlichen Beitrag zu inklusivem Wachstum, zur Reduktion von Ungleichheiten und zur Stabilität in der Region.

Das Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (BMASK) verfügt über zwei Attachés für die Region des Westbalkans, die für die Länder MK, BA und RS zuständig sind und einen Attaché für MD. Schwerpunkte der Tätigkeit der Sozialattachés sind der Know-How-Transfer im Arbeits- und Sozialbereich, Netzwerkarbeit mit europäischen und internationalen Institutionen sowie Behörden und NGOs vor Ort, Beratung und Hilfestellung in Einzelfällen sowie Erstellung von sozialpolitischen Berichten. Ferner wird auch Unterstützung bei der Vorbereitung und Umsetzung von bilateralen, europäischen und internationalen Projekten des BMASK geleistet, mit dem Ziel, das Europäische Sozialmodell und Sozialschutz in der Region zu stärken sowie die Sozialstandards vor Ort anzuheben. Die Aktivitäten des BMASK leisten daher einen wichtigen entwicklungspolitischen Beitrag in der Region und ergänzen die strategischen Zielsetzungen und Maßnahmen im Arbeits- und Sozialbereich im Rahmen dieser Strategie.

Auch die ADA leistet mit ihrer Unterstützung von Wirtschaftspartnerschaften einen wichtigen Beitrag zu Wirtschaft und Entwicklung in der Region Donauraum/Westbalkan.

6.2. Im Bereich Bildung kann AT auf sein international anerkanntes Berufsbildungssystem zurückgreifen und in Zusammenarbeit mit der auf die Bekämpfung der hohen Arbeitslosigkeit in der Region fokussierten Weltbank Gruppe, der EU und dem RCC seine komparativen Stärken innerhalb der Gebergemeinschaft einbringen; dies nicht zuletzt aufgrund der starken wirtschaftlichen Präsenz von AT als Investor am Westbalkan. Sozial inklusive Berufsbildung spielt eine

Schlüsselrolle für die Armutsminderung, den sozialen Zusammenhalt und die nachhaltige Entwicklung, wozu gezielte bilaterale Maßnahmen fortgesetzt werden.

Die Hauptmotivation der österreichischen Interventionen in der Berufsbildung (Vocational Education and Training/VET) besteht in der Reduktion der Jugendarbeitslosigkeit durch eine praxisnahe, arbeitsmarktorientierte, sozial inklusive und qualitativ hochwertige Ausbildung. Dadurch leisten diese Interventionen einen essentiellen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung in der Region. Fokussiert wird auf den Bereich arbeitsmarktorientierte Berufsbildung und Jugendbeschäftigung sowie auf das Engagement zur Förderung von Netzwerken und der regionalen Zusammenarbeit. Im Bereich der Berufsausbildung werden dieser Austausch und die verstärkte Zusammenarbeit, insbesondere auf europäischer Ebene im Rahmen der „Europäischen Ausbildungsallianz“ und der „Europäischen Jugendgarantie“, unterstützt. Im Rahmen einer Ausschreibung aus dem Erasmus+ Programm werden länderübergreifende Kooperationsprojekte gefördert. Ziel ist die Förderung qualitativer Berufsausbildungssysteme. AT als „best practice Land“ wurde von verschiedenen Staaten eingeladen, bei unterschiedlichen Projekten, u.a. gemeinsam mit HU, SK und DE, als Know-How Geber mitzuwirken.

Berufsbildung ist ein traditioneller Schwerpunkt der Austrian Development Agency (ADA), des Bundesministeriums für Bildung und Frauen (BMBWF), von KulturKontakt Austria (KKA) und des Privatsektors am Westbalkan und in MD. AT zählt in AL und MD zu den VET-Hauptakteuren und trägt mit einem Finanzierungsmix von Projekten im Bereich Kapazitätsentwicklung und Beratung und mit Wirtschaftspartnerschaften essentiell zu den Reformen in der Berufsbildung bei, u.a. mit der Förderung von betrieblichem Lernen, der Steigerung der Qualität der schulischen Berufsbildung in den Bereichen IT und Entrepreneurship Learning sowie Beratung in strategischen Reformfragen.

Das BMWF ist regelmäßig als „strategischer Partner“ involviert. Das Thema „Transfer der dualen Ausbildung“ wird auch verstärkt in der bilateralen Zusammenarbeit, insbesondere unter Einbeziehung der Außenwirtschaft Austria betont. Dabei werden die Kooperationsländer (z.B. RO, RS oder BG) bei der schrittweisen Implementierung dualer Ausbildungssysteme unterstützt. Durch die Einbindung österreichischer Unternehmen über die AußenwirtschaftsCenter (AC) mit Produktionsstätten in den Kooperationsländern wird dieser Prozess zusätzlich positiv unterstützt. Im Rahmen von EU-Projekten setzt das Wirtschaftsförderungsinstitut der Wirtschaftskammer Österreich (WIFI) sehr konkret die Internationalisierung der praxisnahen Berufsbildung nach österreichischem Vorbild im Ausland um. Das WIFI plant im Zuge einer Beteiligung an einem ERASMUS+ Projekt mit dem Slowakischen Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Sport sowie weiteren deutschen Partnern ein Konzept einer „Donau-Akademie“ für die duale Ausbildung im Donauraum zu entwickeln. Die Ergebnisse können eine Art Basis für weiterführende Konzepte und Projekte im Bereich duale Ausbildung im Rahmen dieser Regionalstrategie bilden.

Das Ziel des BMBWF und des in seinem Auftrag tätigen Vereins KKA ist die Stärkung regionaler und transnationaler Zusammenarbeit im Bereich allgemeiner und beruflicher Bildung, insbesondere im Rahmen der EUSDR und von der Bildungsreforminitiative für Südosteuropa (Education Reform Initiative of South Eastern

Europe/ERI SEE) sowie die Entwicklung von arbeitsmarktrelevanten Berufsbildungs- und Weiterbildungsangeboten. Mit der Etablierung der Regionalbüros des BMBF/KKA in Tirana und Sarajewo wird auf die langjährige Erfahrung in der Unterstützung zur Qualitätsverbesserung von Bildung und im speziellen der Berufsbildung in den Westbalkanländern aufgebaut und gezielt der regionale Erfahrungsaustausch in diesem Bereich gefördert. Ein weiterer Schwerpunkt wird auf die Erhöhung der Chancengerechtigkeit der Bildung gelegt. Mit ihrem Schwerpunkt auf Berufsbildung setzt die OEZA wichtige Impulse. Denn gut ausgebildete Menschen haben bessere Chancen in der Arbeitswelt und tragen zur wirtschaftlichen Entwicklung ihres Landes und zur Anwerbung von Investitionen bei. Zur Stärkung der praxisbezogenen Berufsbildung als Unterstützung für die österreichischen Niederlassungen soll in Zukunft die Expertise des BMWFW und der WKO mit einbezogen werden. Intensiviert werden sollen auch die kulturelle Zusammenarbeit zwischen AT und den Staaten des Westbalkans und MD sowie die Förderung Länder und Ethnien übergreifender Kulturprojekte als die Vergangenheit bewältigender Beitrag zur Verständigung und Versöhnung.

Im Bereich Hochschulbildung liegt der Fokus des BMWFW und der ADA sowie der Universitäten und Fachhochschulen auf dem Aufbau von Kooperationen zur weiteren EU-Integration und vor allem auf der Integration der Westbalkanländer in den Europäischen Hochschulraum (European Higher Education Area/EHEA) und den Europäischen Forschungsraum (ERA, European Research Area). Zudem sollen Maßnahmen zur Kapazitätsentwicklung die internationale Vernetzung der Region stärken. Dabei sind vor allem die langjährige und erfolgreiche Arbeit des World University Service (WUS) und die zahlreichen Kooperationen zwischen österreichischen Universitäten, Fachhochschulen sowie außeruniversitären Forschungsinstitutionen und Einrichtungen des tertiären Sektors in der Region zu erwähnen.

6.3. Beim Schwerpunkt Regierungsführung (Governance), Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit stehen parallel zum Auf-/Ausbau rechtsstaatlicher Institutionen der Austausch und die Kommunikation mit der Zivilgesellschaft für Effektivität, Rechenschaftslegung und Transparenz im Vordergrund. Der Demokratisierungsprozess ist für eine erfolgreiche EU-Heranzuführung der Westbalkanstaaten und der MD in Zukunft stärker zu betonen und verstärkt zu unterstützen, wobei auch die für Rechtsstaatlichkeit und Sicherheit zuständigen Ministerien gemeinsam mit den zivilgesellschaftlichen Organisationen (CSOs) und der Internationalen Antikorruptionsakademie (IACA) eine wichtige Rolle, insbesondere bei der prioritären Korruptionsbekämpfung, spielen sollen.

Ein gut funktionierender öffentlicher Sektor, der die Menschenrechte und die Rechtsstaatlichkeit sowie Prinzipien wie Transparenz, Nicht-Diskriminierung und Partizipation achtet und den BürgerInnen gegenüber Rechenschaft ablegt, unabhängige Medien und die neuen sozialen Medien als „watchdogs“, eine lebendige Zivilgesellschaft, die die Bedürfnisse der Ärmsten und marginalisierter Gruppen vertritt und die allgemeinen Menschenrechte für alle einfordert, tragen wesentlich zur rechtsstaatlichen und sozioökonomischen Entwicklung der Westbalkanländer und der MD und somit zu menschlicher Sicherheit, Zugang zum Recht und Armutsminderung bei.

Die Förderung von guter Regierungsführung und der Einhaltung der Menschenrechte ist

daher für die OEZA in allen Arbeitsbereichen und für alle staatlichen und nichtstaatlichen Akteure von grundlegender Bedeutung.

Das Integrierte Planungssystem, wie es mit Unterstützung der OEZA, der EU, SE und CH in AL eingeführt, weiterentwickelt und umgesetzt wurde, stellt ein Modell für andere Westbalkanstaaten und MD dar. Dadurch wird die Effizienz der öffentlichen Verwaltung verbessert und die Wirksamkeit der öffentlichen Ausgaben gesteigert. In speziellen Trainings werden die MitarbeiterInnen der Ministerien in Organisationsentwicklung, Budgetgestaltung, Ausgabenkontrolle und Personalplanung geschult. Verbesserte Planungsmethodik, Politikformulierung und Prioritätensetzung sowie verstärkte interministerielle Koordination verhindern Doppelgleisigkeiten und erlauben, Investitionen effektiver und effizienter zu planen. Dadurch wird auch die Effektivität der Gebergelder gesteigert.

Die wichtige Stellung der subnationalen Ebenen bei der Stärkung der guten Regierungsführung hebt der Österreichische Städtebund (ÖStB) in seinen Kooperationsprogrammen mit den nationalen Verbänden der lokalen Selbstverwaltung im Westbalkan hervor. Mit dem Local Governments Network (LOGON) unterstützt der ÖStB die Städteverbände und Kommunen des Westbalkans seit 1998 bei der Weiterentwicklung von Elementen guter Regierungsführung. Als assoziiertes Mitglied ist der ÖStB bei dem in Skopje angesiedelten Netzwerk südosteuropäischer kommunaler Verbände (NALAS) in der Region auch institutionell verankert. In Kooperation mit dem KDZ-Zentrum für Verwaltungsforschung setzt der ÖStB das ADA-geförderte Programm „Capacity building for the countries of the Western Balkans and the Republic of Moldova“ und das darin enthaltene Programm BACID (Building Administrative Capacity in the Danube Region/Western Balkans and Moldova) um. Dabei achtet der ÖStB auf die Vernetzung mit dem in Wien angesiedelten Büro des Priority Area Coordinators 10 (PAC 10 „Governance“) der EUSDR und fokussiert auf die kommunalen Aspekte der EU-Heranhilfe der Westbalkanstaaten und der Unterstützung von MD.

Der Bereich Rechtsstaatlichkeit gehört im Kontext der EU-Heranhilfe der Westbalkanstaaten zu den Schlüsselbereichen, dem bis 2020 durch AT (Bundesministerium für Justiz (BMJ) und Bundesministerium für Inneres (BMI)) in Zusammenarbeit mit der EU, dem EuR und der OSZE sowie insbesondere mit der Zivilgesellschaft und akademischen Institutionen verstärktes Augenmerk durch den Einsatz österreichischer RechtsexpertInnen Rechnung getragen wird. Das BMI hat in jedem Westbalkanland und in MD einen Verbindungsbeamten akkreditiert. Es besteht sowohl strategisch, operativ als auch im Rahmen von Projekten eine enge Zusammenarbeit. Mit dem International Law Enforcement Coordination Unit (ILECU) Programm wurden unter österreichischer Federführung Koordinationsstellen zur grenzüberschreitenden Kriminalitätsbekämpfung eingerichtet. Die Polizeikooperationskonvention für Südosteuropa bildet bei der polizeilichen Zusammenarbeit die wichtigste multilaterale Rechtsgrundlage, deren praktische Implementierung aktiv unterstützt wird. Die Auswahl von Ansprechpersonen (Focal Points) in den Ressorts bzw. in interessierten Institutionen, die laufende Aktualisierung von bestehenden Experten- und Projektdatenbanken sowie die politische Unterstützung für den Einsatz österreichischer ExpertInnen ist daher ein wichtiger Beitrag für ein verstärktes Engagement Österreichs in der Region.

Ein Prinzip der österreichischen Außenpolitik ist der Schutz und die Förderung der Menschenrechte. Dieser Grundsatz fließt in alle Tätigkeiten Österreichs gegenüber Drittstaaten ein. Mit der Entwicklungszusammenarbeit leistet AT dazu einen aktiven Beitrag. Der menschenrechtsbasierte Ansatz ist als Grundprinzip im 3JP ausdrücklich festgeschrieben. Das bedeutet, dass EZA-Programme und Projekte die menschenrechtlichen Prinzipien der Partizipation, Nicht-Diskriminierung, Rechenschaftspflicht und Transparenz umsetzen. Besonderes Augenmerk wird dabei auf Nicht-Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen und von besonders verletzlichen und sozial benachteiligten Gruppen, Rule of Law/Rechtsstaatlichkeit und Aufbau von Pluralismus und Zivilgesellschaft gelegt. Österreichische Akteure, wie z.B. das Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte (BIM), haben in der Vergangenheit eine Vielzahl von Projekten und Aktivitäten zur Förderung der Menschenrechte in der Region Donauraum/Westbalkan durchgeführt und werden ihr Engagement auch in Zukunft - gerade vor dem Hintergrund einer vermehrt auf das Thema Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte fokussierenden EU-Politik gegenüber den Westbalkanstaaten - fortsetzen.

Die derzeitigen massiven Fluchtbewegungen in und durch die Länder des Westbalkans in die EU und die Situation von Flüchtenden in den verschiedenen Ländern verdeutlicht die Notwendigkeit, diese menschenrechtlich höchstrelevante Thematik, die auch in den nächsten Jahren aktuell bleiben wird, in der strategischen Ausrichtung der österreichischen Außenpolitik und EZA gegenüber der Region mit zu bedenken. Die Einhaltung von asyl- und menschenrechtlichen Standards in der Behandlung von Menschen, die aus verschiedensten Gründen auf der Flucht sind, stellt eine unverzichtbare Komponente von Rechtsstaatlichkeit und somit guter Regierungsführung dar und bedarf daher der Berücksichtigung im österreichischen Beitrag in der Region.

Österreichs Engagement zur Stärkung der Konfliktprävention, Friedenskonsolidierung und Stabilität in fragilen Situationen ist sowohl im 3JP als auch im interministeriellen strategischen Leitfadensicherheits- und Entwicklung festgeschrieben. AT setzt verstärkt einen Schwerpunkt auf Vermittlung, Mediation und Versöhnung sowie auf die Förderung von Dialog und vertrauensbildenden Maßnahmen zwischen den Minderheiten oder ethnischen Gruppen in der Region. Dieses Ziel wird durch eine enge Zusammenarbeit mit der EU, OSZE, dem EuR und den VN sowie mit Hilfe von spezialisierten NROs erreicht und auch im 3JP 2016 - 2018 festgeschrieben.

Vor dem Hintergrund des weltweit zunehmenden Extremismus und Terrorismus ist eine vermehrte entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit den Transitländern des Westbalkans und mit MD zur Förderung von Sicherheit, Wohlstand und Frieden geplant. Ziel der Jihadismus/Anti-Terror Konferenz „Tackling Jihadism Together“ am 20. 3. 2015 in Wien war es, dass die Westbalkanstaaten künftig enger mit Europol, dem EU-Anti-Terror-Koordinator und der EU-Grenzschutzagentur Frontex zusammenarbeiten.

Die im Juli 2015 neu eingerichtete EU-Meldestelle für illegale Internet-Inhalte soll neben den EU MS auch von den Westbalkanstaaten genutzt werden können, um die Bekämpfung terroristischer Elemente zu erleichtern. Die Konferenz konnte deutlich machen, dass das Problem grenz- und regionenüberschreitend ist und nur durch gemeinsame

Anstrengungen bekämpft werden kann. Im Rahmen der Anti-Terror Konferenz wurde gemeinsam mit den Innen- und Außenministern der Westbalkan-Länder und ausgewählter benachbarter EU-Staaten eine Ministerdeklaration gegen die zunehmende Radikalisierung angenommen, die einen dreiteiligen Ansatz vorsieht. Konkret geht es darum, starke Partnerschaften und positive Rahmenbedingungen am Westbalkan und in der EU zu gestalten sowie den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Es sollen gezielte und aufeinander abgestimmte Präventionsmaßnahmen gegen Radikalisierung gesetzt werden. Außerdem muss man gemeinsam auf die akute Bedrohung durch tausende „Foreign Terrorist Fighters“ reagieren. 2016 sollen die gesetzten Maßnahmen bei einer Konferenz der Außen- und Innenminister in Sarajewo im Rahmen des Forum Salzburg und der „Freunde des Forum Salzburg“ analysiert und weiterentwickelt werden.

6.4. Querschnittsbereiche

Bei allen Programmen und Projekten in der Region sind die Querschnittsthemen Geschlechtergleichstellung, soziale Inklusion, Umwelt/Klimawandel zu verankern. Die durchgehende Berücksichtigung einer Gleichstellungsperspektive ist für die Erreichung der Zielsetzungen am Westbalkan und in MD, insbesondere auf wirtschafts- und entwicklungspolitischer Ebene sowie aus menschenrechtlicher Sicht, wesentlich. Trotz erzielter Verbesserungen sind Frauen sowohl quantitativ wie auch qualitativ in Entscheidungsfindungsprozessen unterrepräsentiert. Obwohl die Gleichstellung von Männern und Frauen „de jure“ vielfach erreicht ist, haben Frauen in der Praxis oft weniger Zugang zum (formalen) Arbeitsmarkt, zu Bildung und Ausbildung, zu Landeigentum, und auch zu Rechtsmitteln und Kompensation im Falle erlittener Verbrechen. Das gilt auch für Minderheiten basierend auf ethnischer Herkunft, von benachteiligten und verletzlichen Gruppen wie den Roma, LGBTI-Personen oder von Menschen mit Behinderungen. Maßnahmen zur Prävention von Diskriminierung, insbesondere von Gewalt aufgrund des Geschlechts oder der sexuellen Orientierung/Identität, in Kooperation mit der Zivilgesellschaft, inkludieren u.a. innovative Strategien zur Miteinbeziehung von Männern, um Geschlechterrollen mittelfristig zu transformieren.

Im Bereich Heranführung an die EU liegt ein Schwerpunkt im Querschnittsbereich Umwelt, da Umweltaspekte ca. 20% des zu übernehmenden Acquis darstellen. Der Umweltbereich umfasst immer mehr auch Maßnahmen gegen die Auswirkungen des Klimawandels (Anpassung an den Klimawandel und dessen Eindämmung) und zur Naturkatastrophenprävention. Die mit österreichischer Initiative eingerichtete Westbalkan-Arbeitsgruppe im Netzwerk der Europäischen Umweltagenturen (EPA-Netzwerk) könnte eine Rolle bei der Koordination übernehmen. Gleichzeitig wird unter dem Aspekt der Versöhnung und des Dialoges der regionale Austausch im Umweltbereich gefördert und zum Abbau von Konfliktpotential aufgrund von grenzüberschreitenden und regionalen Umweltproblemen am Westbalkan und in MD (bezüglich Transnistrien) beigetragen.

7. Strategischer Bezugsrahmen:

AT und die EU können ihre Erfahrungen mit regionaler Kooperationsarchitektur und ihre grundsätzlich starke Unterstützung für multilaterale Lösungsansätze einbringen, insbesondere auch die Rolle der OSZE als Modell für erfolgreiche Konfliktlösungen in Europa. Der EU-Beitritt der Westbalkanländer und die Heranführung von MD an die EU im Rahmen des Assoziierungsabkommens setzen eine Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen zur

Rechtsstaatlichkeit, guter Regierungsführung und lebendiger Zivilgesellschaft, den Kernaufgaben von OSZE, EuR und den VN (insbesondere das United Nations Development Programme (UNDP) und des UN Children's Fund (UNICEF), die logische Partner Österreichs in der Region sind, voraus.

Der besondere Fokus Österreichs auf den EuR und die OSZE, die durch den Ansatz der umfassenden Sicherheit die EU ergänzen und einen konkreten Mehrwert für die Region schaffen, ist wegen der weitgehend identen geografischen und thematischen Schwerpunkte sowie der engen Zusammenarbeit und der Interessen als Sitzstaat der OSZE naheliegend. Der Westbalkan-Schwerpunkt der OSZE bringt eine starke regionale und subregionale (Field Missions) Präsenz in allen sechs Westbalkanländern und auch in MD mit sich und stellt damit einen Mehrwert für die umfangreiche diplomatische und außenwirtschaftliche (Wirtschaftskammer Österreich /WKÖ und österreichische Unternehmen) Präsenz Österreichs in der Region dar. Aber auch mehrere Fachressorts wie das BMI, BMBF (KKA-Netzwerk), BMLVS, BMASK und das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW) sind mit einem breiten Vertretungsnetz in der Region sowohl für die bilaterale Zusammenarbeit mit den Partnerländern als auch für die Förderung der regionalen Zusammenarbeit und engeren Vernetzung der Akteure in den sechs Westbalkanstaaten und in MD vertreten. Verschiedene Agenturen wie das Umweltbundesamt (UBA), die Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit (AGES) und Agrarmarkt Austria (AMA) sowie weitere österreichische Institutionen sind via Beteiligungen an Twinning Projekten temporär vor Ort vertreten. Beauftragt durch das BMBF ist der Verein KKA seit Herbst 2014 mit einem Regionalbüro für Bildungskooperation in Tirana/AL, das auch für den Kosovo und MK zuständig ist, einem Regionalbüro in Sarajevo, über das auch die Aktivitäten in RS und MN betreut werden, und einem Büro in Chisinau für MD vertreten. Die Österreichische Kulturvereinigung (ÖKV) ist mit einem Regionalbüro für Wissenschaft und Kultur in Sarajewo präsent und dient auch den Fachressorts als Anlauf- und Servicestelle in den Bereichen Wissenschaft, Kultur sowie interkultureller und interreligiöser Dialog. Die Förderung regionaler Zusammenarbeit auf bildungspolitisch-strategischer Ebene (insbesondere im Rahmen der ERI SEE und der EUSDR) unterstützt darüber hinaus auch den Austausch zwischen den Ländern der Region und der EU. Eine moderne öffentliche Verwaltung und ein gesunder Staatshaushalt sind unabdingbare Voraussetzungen für die Erfüllung der vielfältigen Aufgaben eines Staates. Eine moderne öffentliche, nach den Prinzipien von Kohärenz, Kostenwirksamkeit und Transparenz geführte Verwaltung spielt dafür eine wesentliche Rolle. Das BMLVS leistet einen wesentlichen Beitrag zur Know How-Vermittlung am Westbalkan und dies sowohl eigenständig im nationalen Kontext als auch in Kooperationsnetzwerken mit anderen Staaten.

7.1. Partner

AT wird sein Engagement im Rahmen der internationalen Donauraum- und Westbalkanpolitik in Zusammenarbeit mit EU-Partnern wie SI, HR, den vier Visegrad-Staaten, mit CH und FL, im Rahmen der trilateralen Austerlitz-Kooperation (AT-CZ-SK) und der Quadrilateralen Kooperation (AT, CH, SI, FL) sowie insbesondere durch seine aktive Rolle im Berlin-Prozess weiter stärken.

Der Aufbau funktionierender rechtsstaatlicher Strukturen, die Förderung der regionalen Zusammenarbeit und die Stärkung der Zivilgesellschaft unterstützen die Entwicklungspartnerschaft mit der Region Donauraum/Westbalkan. Die EUSDR bietet einen zusätzlichen strategischen Rahmen, insbesondere in den Bereichen Bildung, Ausbildung, Arbeitsmarkt und marginalisierte Gruppen. Regionale Organisationen wie der RCC mit Sitz in Sarajewo und ERI SEE mit Sitz in Belgrad oder die Zentraleuropäische Initiative (ZEI) mit Sitz in Triest sowie die OSZE und der EuR, an denen AT aktiv teilnimmt, gehören neben der EU, der EBRD, EIB, der Weltbankgruppe und den VN zu den wichtigsten multilateralen Akteuren in der OEZA-Schwerpunktregion Donauraum/Westbalkan.

Die Stärkung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und der Zivilgesellschaft und die Einbindung des Privatsektors und der umfangreichen Diaspora aus dem Westbalkan in AT und anderen europäischen Ländern gehören, neben einer weiterhin aktiven EU-Politik gegenüber der Region Donauraum/Westbalkan und der Aufrechterhaltung einer glaubhaften EU-Integrationsperspektive, zu den Voraussetzungen für eine erfolgreiche Umsetzung der Regionalstrategie.

Alle staatlichen und nichtstaatlichen Akteure setzen sich im Interesse der Kohärenz und des Auftrages der Regionalstrategie für eine entwicklungspolitische Strategiekoordination und einen kontinuierlichen Informationsaustausch über die in der Region geplanten und in Umsetzung befindlichen Entwicklungsprojekte ein. Die ADA ist als Agentur der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (OEZA) mit Auslandsbüros in Tirana, Pristina und Chisinau für die Umsetzung bilateraler Programme und Projekte in den Partnerländern verantwortlich und verwaltet das dafür vorgesehene Budget. KKA (BMBF) hat zwei Regionalbüros für Bildungskoooperation in Sarajewo und Tirana und ein Projektbüro in Chisinau. BMI, BMLVS, BMASK und die WKÖ mit ihrem Vertretungsnetz in der Region, das BMF in Zusammenarbeit mit den IFIs und die OeEB, das BMJ, das BMLFUW und das UBA mit ihrem starken Engagement in der Region Donauraum/Westbalkan, das BMWFW mit dem CEEPUS-Programm und Lektorinnen und Lektoren, weiters die für regionale Ausbildungsprogramme für die Region Donauraum/Westbalkan schon bisher sehr aktive Diplomatische Akademie, die IACA in Laxenburg, die Universitäten und Fachhochschulen, außeruniversitäre Forschungseinrichtungen und zahlreiche Tourismusfachschulen in AT und auch die österreichischen Bundesländer, Städte, Gemeinden, CSOs und die österreichische Wirtschaft leisten ihren Beitrag zur Entwicklung der Region.

Die Initiativen zivilgesellschaftlicher Organisationen fokussieren auf Kapazitätsentwicklung der lokalen Partner und Zielgruppen, um sie zu befähigen, ihre Rechte wahrzunehmen, Ressourcen und Dienstleistungen bestmöglich zu nutzen, ihr Einkommen und damit ihre Lebenssituation nachhaltig zu verbessern. Advocacy, Wissensmanagement und Erfahrungsaustausch sind wesentliche Faktoren, um die Wirksamkeit zu erhöhen. Die Initiativen sind mit den strategischen Zielen der OEZA und den Entwicklungsplänen der Partnerländer abgestimmt. Gleichzeitig muss das "Initiativrecht" gewahrt bleiben. Das bedeutet, dass die CSOs die inhaltliche und geografische Ausrichtung der Projekte und Programme basierend auf ihrer Expertise und den Partnerschaften vor Ort selbst auswählen.

7.2. Instrumente:

Im Einklang mit dem außen- und entwicklungspolitischen Fokus auf den geografischen Schwerpunkt Donauraum/Westbalkan stehen die 2014 auf EUR 4 Mio verdoppelte ADA-Regionalbudgetlinie und die von anderen staatlichen sowie nichtstaatlichen EZA-Akteuren in der Region geplanten Projekte zur Verfügung. AT unterstützt die Partnerländer neben der bilateralen EZA auch mit anderen Instrumenten, beispielsweise mit Regionalprogrammen, Wirtschaftspartnerschaften, NRO-Kofinanzierungen, OeEB-Projekten (Finanzierungen, Eigenkapitalbildungen und projektbegleitende technische Assistenzleistungen, sogenannte Advisory Programmes), Soft Loans, akademischen Austauschprogrammen sowie mit einer Beteiligung an EU finanzierten Twinnings und an anderen IPA-finanzierten Projekten.

Die Weiterführung des Länderschwerpunkts AL neben Kosovo und MD sowie der verstärkte Ausbau der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft und die Stärkung der Zivilgesellschaft und des Privatsektors in den Partnerländern der Region durch NRO-Kooperationen und Wirtschaftspartnerschaften sind weitere Elemente zur Operationalisierung der Strategie. Die von der ADA geförderten Wirtschaftspartnerschaften sind ein antragsorientiertes Kofinanzierungsprogramm, welches sich an österreichische/europäische Unternehmen wendet. Ziel ist die Realisierung von gleichermaßen betriebswirtschaftlich und entwicklungspolitisch relevanten Projekten in Entwicklungsländern. Die Operationalisierung der Strategie wird außerdem durch enge Abstimmung mit allen staatlichen und nichtstaatlichen EZA-Akteuren in der Region, insbesondere auch mit der OeEB im Bereich der Privatsektorentwicklung, sowie durch Zusammenarbeit mit vor Ort aktiven multilateralen Organisationen erreicht. Regionalentwicklungsprogramme stehen im Einklang mit den Kriterien, die für die EU-Heranzuführung erfüllt werden müssen, und sollen regionale Ungleichheiten aufheben und den Rückstand der Westbalkanländer und MD gegenüber der EU verringern.

Die durch die Regionalentwicklungsprogramme neu eingerichteten Strukturen sollen dafür sorgen, dass zukünftige EU-Mittel für Regionalentwicklung effektiv und transparent umgesetzt werden.

Als kleiner Geber mit beschränkten EZA-Ressourcen muss AT nicht nur eine Harmonisierung mit anderen internationalen Gebern und Akteuren und eine sinnvolle internationale Arbeitsteilung, insbesondere in der EU, anstreben, sondern vor allem auch durch eine stärkere Vernetzung und strategische Zusammenarbeit jener österreichischen Institutionen, die sich kooperativ um EU-Mittel bewerben, die innerstaatliche Bündelung von Kompetenzen und Ressourcen erreichen. Staatliche und nichtstaatliche österreichische Akteure in der Region sollten daher ihre entsprechende Expertise und die vorhandenen Umsetzungsstrukturen vor Ort (Vertretungsbüros am Westbalkan und in MD) einbringen und sich bei der Projektzusammenarbeit sowohl auf die institutionelle als auch auf die ExpertInnenebene durch die Unterstützung von Kapazitätsentwicklung konzentrieren.

Die Auswahl von Ansprechpersonen (Focal Points) in den Ressorts bzw. in interessierten Institutionen, die für die interinstitutionelle Abstimmung/Koordinierung sowie Identifizierung geeigneter ExpertInnen verantwortlich sind, sowie eine regelmäßig aktualisierte Darstellung der jeweiligen Projekte auf den Websites der staatlichen und nichtstaatlichen EZA-Akteure im

Sinne einer für alle EZA-Akteure allgemein zugänglichen Information sollen nicht nur die Koordination durch das BMEIA erleichtern und verbessern helfen, sondern überdies auch einen besseren Überblick über alle österreichischen Aktivitäten in der Region bieten. Einen Mehrwert in diesem Sinn könnte auch die Wartung und Heranziehung von bereits bestehenden Senior Expert Datenbanken (z.B. www.seniorexperts.bka.gv.at oder <http://www.asep.at>) bringen.

Der vom BMEIA zu koordinierende Informationsaustausch zwischen den Focal Points in allen thematischen Schwerpunktbereichen in der Region Donauraum/Westbalkan innerhalb der dort aktiven österreichischen Fachministerien und anderen Institutionen und die engere Vernetzung der Vertretungsbüros der Fachministerien, NROs und der Privatwirtschaft durch die österreichischen Botschaften und die ADA-Auslandsbüros soll die Kohärenz aller staatlichen und nicht-staatlichen EZA-Akteure in AT und in der Region weiter fördern. Die Focal Points und die bereits bestehenden ExpertInnendatenbanken sollen den Einsatz von KonsulentInnen auf Wunsch der Regierungen der Partnerländer erleichtern bzw. als BehördenansprechpartnerInnen zu Koordinierungszwecken dienen.

Der regelmäßige interministerielle Informationsaustausch und die Nutzung der Vernetzung der österreichischen Aktivitäten in der Region dienen dem Kohärenzziel und dem resultatorientierten, gemeinsamen Fokus auf die für AT wichtigste außen- und entwicklungspolitische Region. AT und die EU als Reformmotor für die EU-Beitrittsperspektive der Westbalkanländer bzw. für den EU-Assoziierungsprozess von MD unterstützen langfristig die Vollendung des europäischen Einigungswerkes am Westbalkan nach den erfolgreichen EU-Beitritten von SI 2004 und HR 2013 sowie die weitere EU-Annäherung von MD im Rahmen des Assoziierungsabkommens.

Die ADA wickelt bereits jetzt Gelder verschiedener österreichischer Akteure ab und finanziert einzelne Regionalprojekte von Fachressorts wie z.B. das vom Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte (BIM) in Kooperation mit dem Bundeskriminalamt (BMI) durchgeführte ILECUs-Projekt. Die ADA soll im Interesse der Kohärenz in Zukunft verstärkt die Aufgabe einer Agentur des Bundes für Entwicklungszusammenarbeit als Servicestelle aller staatlichen und nichtstaatlichen EZA-Akteure in der Region übernehmen.

7.3. Finanzierung

Für die EZA-Projektimplementierung in der Region Donauraum/ Westbalkan bedarf es einer mehrjährigen Budgetsicherheit, um eine Planungssicherheit im Sinne dieser Regionalstrategie und zugunsten einer mittelfristigen gemeinsamen Programmierung der Gebergemeinschaft, insbesondere im Rahmen der EU, zwecks Nutzung des regionalen Mehrwerts zu haben. Die an das OECD-DAC gemeldete ODA Österreichs an alle sechs Westbalkanländer und an MD hat insgesamt in den Jahren 2009 bis 2013 im Jahresdurchschnitt jeweils EUR 52Mio. betragen. Die Investitionen österreichischer Unternehmen in der Region erreichten in diesem Zeitraum durchschnittlich über EUR 200Mio. pro Jahr. Die Aufrechterhaltung des österreichischen EZA-Engagements in der jetzigen Höhe der ODA-Leistungen und dessen Ausbau stehen unter dem Vorbehalt der Verfügbarkeit der finanziellen Mittel.

Dasselbe gilt auch für die ADA, die, ausgehend von der 2014 erfolgten Verdoppelung der Regionalbudgetlinie auf EUR 4Mio. während der Laufzeit dieser Regionalstrategie ihre

Unterstützung der regionalen Zusammenarbeit nach Maßgabe der verfügbaren Mittel bis 2020 um 10vH anheben sollte.

7.4. EU- und multilaterale Zusammenarbeit

Die strategische Ausrichtung der EU-Entwicklungspolitik 2014 bis 2020 wird durch die „Agenda für den Wandel“ definiert, die folgende inhaltliche Schwerpunkte hat: 1) Menschenrechte, Demokratie und gute Regierungsführung und 2) breitenwirksames und nachhaltiges Wachstum für die menschliche Entwicklung. Dazu gehören insbesondere die Verringerung von Chancenungleichheit und die Förderung der Bildung, damit junge Menschen mit dem Wissen und den Fähigkeiten ausgestattet werden, die am Arbeitsmarkt gefragt sind und die sie als aktive Mitglieder einer sich entwickelnden Gesellschaft sowie für ihre nationale, regionale und internationale Wettbewerbsfähigkeit benötigen.

Die EK definiert mit den Bereichen Wirtschaftliche Governance, Rechtsstaatlichkeit, Funktionsfähigkeit demokratischer Strukturen, Grundrechte und bilaterale Fragen/Vergangenheitsbewältigung fünf Herausforderungen für die Zukunft der Region Donauraum/Westbalkan. In der Erweiterungsstrategie 2014 wurden Rechtsstaatlichkeit (Rule of Law), Reform der öffentlichen Verwaltung und Wirtschaftliche Governance / Wettbewerbsfähigkeit als die drei prioritären Säulen verankert. Im Grundrechtebereich verfolgt die EK eine Fokussierung auf die Themen Meinungsfreiheit, Roma und LGBTI-Personen.

Rechtsstaatlichkeit ist weiterhin eine Priorität für die EU, die OSZE und den EuR und bedingt daher eine enge Zusammenarbeit zwischen diesen multilateralen Akteuren und den EU-MS mit den sechs Westbalkanstaaten und MD. In den meisten Erweiterungsländern bedarf es ehrgeiziger Justizreformen, auch und gerade im Hinblick auf grundrechtliche Standards und den Zugang zum Recht. Defizite bestehen insb. in Ernennungs- und Beurteilungsverfahren von Richtern und in strengeren Rahmenregelungen für die Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität. Die geplanten EK-Vorhaben in diesem Bereich umfassen die frühe und prioritäre Behandlung der Kapitel 23 Judikative und Grundrechte sowie Kap. 24 Recht, Freiheit und Sicherheit im Beitrittsprozess, die Sicherstellung der Koordinierung einschlägiger Stellen wie Europol, Eurojust und Frontex als auch die Förderung von Reformen im Justizbereich durch IPA II Programme. Die EK-Unterstützung der EU-Annäherung der Westbalkanstaaten erfolgt durch das IPA im Rahmen des mehrjährigen Finanzrahmens im Indikativen Mehrländerstrategiepapier 2014-2020 und in den jeweiligen nationalen Indikativen Länderstrategiepapieren 2014-2020 sowie unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft, Berücksichtigung sozial benachteiligter Gruppen und durch die Förderung rechtsstaatlicher Strukturen (good governance). Geschlechtergleichstellung und Umwelt werden mit Projekten auch direkt gestärkt.

Desgleichen liegt ein starker inhaltlicher Fokus auf Menschen-/Kinderrechten. Die OEZA orientiert sich bei der Zusammenarbeit in dieser Region vor allem an der erklärten Zielsetzung aller Länder der Region, den Transformationsprozess mit der Integration in die EU-Strukturen abzuschließen. Mit regionalen Aktivitäten soll in erster Linie ein Beitrag zur Verbesserung der Kooperation der Länder der Region in den Schwerpunktbereichen geleistet werden. Die Lösung von regionalen Problemstellungen steht dabei im Mittelpunkt aller Maßnahmen.

AT versucht sich in Bereichen zu spezialisieren, in denen es die meisten Erfahrungen und einen Mehrwert für die Partnerländer erbringen kann. AT wird neben der erweiterten Entwicklungseffektivität (development effectiveness) nach Busan weiterhin an den Indikatoren der Pariser Deklaration (aid effectiveness), wie erhöhte Lieferaufbindung (untying), die Einbeziehung der Ländersysteme (use of country system) und die Finanzierungstransparenz festhalten. Den Busan-Empfehlungen für wirksame Entwicklungszusammenarbeit wird u.a. durch die konsequente Stärkung der Kapazitäten in der Region, durch Beiträge zu Multi-Donor Initiativen wie den „Umbrella Multi-Donor Trust Fund on Jobs“ der WB, Unterstützung der ZEI-Initiative sowie durch Vermittlung von EU-Integrations-Know-how entsprochen.

Auch die Förderung des UN WOMEN Schwerpunktes 'Gender Responsive Policies' der UN Entity for Gender Equality and the Empowerment of Women, die Unterstützung von UNICEF zur Verbesserung der frühkindlichen Entwicklung von benachteiligten Gruppen oder von UNFPA für den Zugang zu Serviceleistungen der sexuellen und reproduktiven Gesundheit baut auf bereits bestehenden Aktivitäten dieser VN-Organisationen in der Region auf und vertieft ihre Wirkung. Die Entwicklungsziele der VN bilden Österreichs entwicklungspolitischen Handlungsrahmen.

Als Maßnahmen gegen die Wirtschafts- und Finanzkrise in der Region hat die WB, deren Regionalbüro für Südosteuropa in Wien ist, den Regierungen der sechs Westbalkanstaaten und MD folgende vier Prioritäten empfohlen: Wiederherstellung der makroökonomischen und fiskalischen Stabilität, Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und der regionalen Zusammenarbeit, Steigerung der Fähigkeiten und Produktivität vor allem der Jugendlichen und verstärktes Engagement der Regierungen in diesen Prozessen und die Reduzierung von Korruption. Um an die EU anzuschließen, bräuchte die Region laut WB ein jährliches Wachstum von 6% bis 2040.

AT hat bisher mit seiner Expertise, u.a. vom BMI, BMF und vom UBA, im Rahmen von EU-finanzierten Twinning Projekten in der Region Donauraum/Westbalkan einen beachtenswerten entwicklungspolitischen Beitrag zur EU-Heranzuführung der Partnerländer in der OEZA-Schwerpunktregion Donauraum/Westbalkan und speziell zum EU-Beitritt von HR geleistet. Die Regionalstrategie kann daher komplementär zum bisherigen österreichischen Engagement in der Region von den bereits bestehenden Netzwerken und lokalen Behörden profitieren. Auch das Interesse der Fachressorts und österreichischer ExpertInnen an der Region soll gestärkt werden, um damit einen substantiellen Beitrag im EU-Beitrittsprozess der Westbalkanländer sowie bei der Heranzuführung von MD an die EU im Rahmen des Assoziierungsprozesses im Interesse einer zukunftsorientierten Netzwerkbildung mit den lokalen ExpertInnen in der Region und zwecks Verstärkung der regionalen Zusammenarbeit zu leisten.

7.4.1 Delegierte Kooperationen

Die EK kann über „Indirect Management“ (IM) Haushaltsvollzugsaufgaben an die EU-MS übertragen. Die ADA hat sich 2008 in einem EU-Prüfverfahren als eine der akkreditierten nationalen Agenturen qualifiziert. Im Gegenzug übertragen auch europäische Agenturen die Abwicklung gemeinsamer Projekte an die EK. Die ADA führt in der Region Donauraum/Westbalkan derzeit in delegierter Kooperation mehrere IM-Projekte

durch: Drei in AL, wo die IPA-Programmierung, die Finanzverwaltung und der Wasser- und Abwasserbereich unterstützt werden; zwei in RS (EK-Finanzierung insgesamt EUR 39Mio.), wo es um die sozioökonomische Entwicklung von Gemeinden entlang der Donau sowie um Hochwasserschutz geht. Im Kosovo wird ein IM-Projekt, welches den Bildungssektor (Berufsbildung sowie Hochschulbildung) mehr auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarkts abstimmen soll, umgesetzt. In MD erhalten durch das Engagement von EU, ADA und CH insgesamt 23.000 Menschen eine neue Trinkwasserversorgung (Projektvolumen Nisporeni: EUR 11Mio.), während der EU-MS CZ im Sinne einer Arbeitsteilung in der EU die Abwasserklärung in Nisporeni übernimmt.

AT will aufgrund der positiven Erfahrungen mit delegierten Kooperationen verstärkt auf die Akquise von IM-Projekten setzen, um Synergien mit der EU und anderen Gebern zu nutzen und in Schwerpunktbereichen, in denen einzelne Ressorts mit einem entsprechenden Vertretungsnetzwerk in der Region konkrete Expertise und Knowhow einbringen und den Westbalkanstaaten und MD zur Verfügung stellen können, IM-Projekte aktiv zu betreiben.

7.5 Regionale Zusammenarbeit

Die Förderung der regionalen Zusammenarbeit ist das Hauptziel des RCC mit Sitz in Sarajewo. Die RCC- Strategie SEE 2020, "Jobs and Prosperity in a European Perspective" orientiert sich an der Europa 2020 Wachstumsstrategie. Die RCC-Strategie fördert die langfristigen Wachstumsimpulse wie Innovation, Skills (Qualifikationen) und die Integration des Handels (Integrated growth, smart growth, sustainable growth, inclusive growth und governance for growth), die alle von zentraler Bedeutung für den sozio-ökonomischen Politikrahmen in den Westbalkanstaaten und MD sind und gleichzeitig wesentliche Elemente im EU-Annäherungsprozess darstellen. ERI SEE hat als institutionalisiertes Netzwerk der Bildungsministerien in der Region die Koordination der Bildungsagenden in der Strategie SEE 2020 übernommen und stellt eine wichtige strategische und operationelle Schnittstelle dar. Die regionale Zusammenarbeit hat die Förderung gutnachbarlicher Beziehungen und der lokalen Entwicklung der Grenzregionen durch die Umsetzung grenzüberschreitender Programme innerhalb der Region und mit den EU-MS sowie von Programmen für transnationale Zusammenarbeit und damit zusammenhängenden makroregionalen Strategien (EUSDR, EUAIS/Region Adria-Ionisches Meer und die Alpenraumstrategie) zum Ziel und Inhalt. Dazu zählt ebenso die Unterstützung von Initiativen zur Förderung der Aussöhnung zwischen den Westbalkanstaaten und deren Vergangenheitsbewältigung sowie in MD mit Transnistrien und Gagausien. Im Rahmen der EUSDR koordinieren das BMBF und das BMASK die Schwerpunktsetzungen im Prioritätsbereich "To Invest in People and Skills" (Investitionen in Menschen und Qualifikationen). AT bzw. die Stadt Wien nehmen in der EUSDR den Prioritätsbereich "Institutional Capacity and Cooperation" (Institutionelle Kapazitäten und Kooperation) koordinierend wahr.

Regionale Organisationen wie der RCC, die schon 1989 gegründete ZEI sowie die Southeast European Cooperative Initiative (SECI), South-East Europe Media Organisation (SEEMO) und das Center for Democracy and Reconciliation in Southeast Europe (CDRSEE) und insbesondere die von der EU und ihren MS errichteten Kooperationsplattformen wie EUSDR, ERI-SEE und EUAIS, aber auch die in Österreich gegründeten und auf die Region Donauraum/Westbalkan fokussierten Institutionen wie das Institut für den Donauraum und Mitteleuropa (IDM), das Vienna Economic Forum (VEF), der WUS, das Center

for Advanced Studies (CAS) und die ERSTE Stiftung haben sich als wichtige Ergänzung und Erweiterung des Entwicklungspotentials der Region bewährt. Neben diesen regionalen Institutionen setzen auch multilaterale Organisationen wie die EU, die OSZE, der EuR, die Weltbankgruppe und die VN einen Schwerpunkt auf die Region mit dem Ziel der Förderung der regionalen Zusammenarbeit, die daher eine bestmögliche Abstimmung zwischen der Gebergemeinschaft und den Partnerländern in der Region erforderlich macht.

Der im August 2014 von DE mit einem Gipfeltreffen zum Westbalkan initiierte politische Berlin-Prozess zielt darauf ab, in jährlichen Konferenzen bis zum Jahr 2018 Impulse in folgenden Bereichen zu setzen:

- Versöhnung, regionale Zusammenarbeit und Sicherheit
- Fortschritte im wirtschaftlichen und rechtsstaatlichen Bereich
- Unterstützung konkreter Infrastrukturprojekte

Dadurch sollen sowohl die regionale Integration der Westbalkanländer gefördert als auch die wirtschaftliche Entwicklung und die Annäherung der Beitrittsländer an die EU dynamisiert werden. AT war im August 2015 Gastgeber der Folgekonferenz, die Fortschritte bei der regionalen Zusammenarbeit und im Jugendbereich, bei der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und vor allem im Infrastrukturbereich brachte. So gab es zusätzlich zur Einigung auf regionale Haupttransportkorridore die Zustimmung zur Durchführung von zehn Transport- und Energieprojekten mit einem Volumen von über EUR 600Mio. Zudem sollen bilaterale und multilaterale Programme zum Aufbau von dualen Berufsausbildungssystemen in den Westbalkanstaaten initiiert werden. Dazu wird im ersten Halbjahr 2016 eine "Matching-Konferenz" mit allen relevanten Stakeholdern in Wien stattfinden. Dem Gipfeltreffen ging eine Konferenz der Zivilgesellschaft mit VertreterInnen aus allen teilnehmenden Staaten voraus.

Sowohl im internationalen als auch im regionalen Rahmen kooperiert das BMLVS mit Partnern in den Staaten des Westbalkans und MD. Die jüngste Initiative stellt einen geplanten Besuch der Verteidigungsminister der Central European Defence Cooperation (CEDC), bestehend aus AT, CZ, SK, HU, SI und HR in Sarajevo dar. Im Jahr 2016 übernimmt das BMLVS die einjährige Präsidentschaft der CEDC und wird einen sicherheitspolitischen Westbalkanschwerpunkt setzen. Dazu gehört auch die verstärkte Kooperation im Bereich der Nutzung militärischer Kapazitäten bei der Katastrophenhilfe.

8. Kohärenz und Koordination

Gesamtstaatliche entwicklungspolitische Kooperation: das BMEIA will die Bereitschaft zur besseren Abstimmung aller ODA Akteure, die über ein relevantes geografisches und thematisches Interesse sowie über konkrete Erfahrungen verfügen, verstärkt unterstützen. Der Koordinations- und Kohärenzbedarf wird über Einladung des BMEIA durch die ODA-Hauptakteure einschließlich jene der humanitären Hilfe gewährleistet.

Eine flexible Koordinationsstruktur von Länder- bzw. Regionalteams vernetzt die Arbeit des BMEIA und der für den operativen Bereich zuständigen ADA sowie von österreichischen Vertretungsbehörden und den ADA-Auslandsbüros in Tirana, Prishtina und Chisinau und dem IM-Projektbüro Belgrad mit den zuständigen Stellen der Partnerländer und relevanten

staatlichen und privaten Entwicklungspartnern. Grundlage der Koordination bilden die Halbjahresberichte der Auslandsbüros gemäß dem zwischen ADA und BMEIA vereinbarten Berichtsformat, die laufende Berichterstattung der Botschaften und des Vertretungsnetzwerks der Fachressorts entsprechend der bisherigen Vorgangsweise und der WKÖ in der Region. Für die Umsetzung des Programms und für die Qualitätssicherung sind die ADA und/oder die ProjektkoordinatorInnen der Fachressorts verantwortlich.

Eine Midterm-Review der Regionalstrategie wird für 2018 in Aussicht genommen. Dabei sollen die gemeinsam entwickelten resultatorientierten Indikatoren überprüft und adaptiert und ein aktualisierter Wirkungsrahmen abgesteckt werden. Als Modalitäten der Zusammenarbeit kommt für die Entwicklung der Region ein effizienter Mix verschiedener Finanzierungsinstrumente zum Tragen: Programm- und Projektförderungen, Zusammenarbeit mit internationalen und Regionalorganisationen und Förderungen zur Unterstützung der Zivilgesellschaft sowie eine stärkere Einbindung des Privatsektors und der Diaspora im regionalen Kontext. Die enge Abstimmung mit bilateralen und multilateralen Gebern (EK bzw. die EU-Delegationen vor Ort, OSZE, EuR, WB, EBRD, EIB, VN etc.) und die künftige gemeinsame Programmierung in Koordination mit den jeweiligen Partnerländern sind im Sinne einer größtmöglichen Politikkohärenz für die Entwicklung notwendig. Voraussetzung dafür ist eine optimale innerstaatliche Koordinierung in AT und in der Region und eine funktionierende sektorielle Geberkoordinierung.

9. Ziele, Resultate, Indikatoren

AT steht wie auch alle anderen Partner vor der Herausforderung, seine Beiträge für Entwicklung im Sinn konkreter Resultate und Wirkungen abzuschätzen, zu dokumentieren und der Öffentlichkeit transparent zu kommunizieren. Diese Aufgabe hat die österreichische Entwicklungszusammenarbeit gemeinsam mit ihren Partnern in den Zielländern und gegenüber der österreichischen Zivilgesellschaft zu erreichen. Durch die systematische und präzise Beschreibung von Resultaten und Wirkungen entwicklungspolitischer Maßnahmen werden die Legitimität und Akzeptanz der aus öffentlichen Mitteln finanzierten staatlichen Entwicklungszusammenarbeit auf eine breitere Grundlage gestellt.

Eine systematische und transparente Nachvollziehbarkeit von Entwicklungsergebnissen im Rahmen der Gesamtstrategie sowie der geographischen und thematischen Strategien soll zur Steuerung, Würdigung und gegebenenfalls zur Anpassung der Ziele, erwarteten Resultate und Aktivitäten sowie zur Rechenschaftspflicht beitragen. Zentrales Element und kompakte Übersicht über die jeweiligen strategischen Ziele, Resultate und Indikatoren bildet der nachstehende Resultatrahmen, der den Ausgangspunkt für einen strategischen Resultat-Management-Kreislauf bildet.

Bestehender Praxis folgend, wird der Resultatrahmen des 3JP jährlich aktualisiert und an den Ministerrat und das Parlament vorgelegt. Entsprechend den Empfehlungen der DAC Peer Review 2014 zur Stärkung der „Politik Kohärenz im Interesse der Entwicklung“ wird der Resultatrahmen durch eine jährliche Zusammenschau der Umsetzungsergebnisse ergänzt und öffentlich vorgestellt.

Internationalen Standards und Empfehlungen folgend verpflichtet sich die österreichische Entwicklungszusammenarbeit zu einem wirksamen und transparenten Monitoring und verbesserter Berichterstattung. Resultatmanagement und die gesamtstaatliche Abstimmung

stellen zusammen einen wichtigen Baustein zur Verwirklichung der internationalen Ziele der Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung dar.

Matrix Region Donaauraum/Westbalkan

Ziel(e)	Resultat(e)	Indikatoren	Akteure
Wirtschaft und Entwicklung: Fokus auf Beschäftigung			
Beitrag zur Förderung von nachhaltiger und sozial inklusiver wirtschaftlicher Entwicklung	Rechtliche und institutionelle Rahmenbedingungen für die Förderung von Beschäftigung und die Führung eines sozialen Dialogs in den Ländern des Donaauraums/ Westbalkans sind verbessert	<input type="checkbox"/> Anzahl der Länder, die sozial inklusive Beschäftigungsstrategien entwickeln sowie die Wirkung dieser Strategien verbessern, um benachteiligte Bevölkerungsgruppen gezielt zu unterstützen <input type="checkbox"/> Anzahl der Länder, die Möglichkeiten zur Reduzierung der Jugendarbeitslosigkeit ausschöpfen <input type="checkbox"/> Vorschlag für mögliche detailliertere Indikatoren: <input type="checkbox"/> Prozentsatz und Anzahl der sozial benachteiligten Personen, inklusive von Menschen mit Behinderungen, die an Beschäftigungsmaßnahmen teilnahmen und nachhaltig beschäftigt sind <input type="checkbox"/> Prozentsatz und Anzahl der Jugendlichen, die an (Berufs-) Ausbildungs- und Beschäftigungsmaßnahmen teilgenommen, die Berufsausbildung abgeschlossen und Beschäftigung gefunden haben	RCC (Regional Cooperation Council), Weltbank; ILO, UNDP, OECD, Wirtschafts- und Sozialministerien, Wirtschaftskammern, andere Geber (DEZA...)
Bildung: Fokus auf arbeitsmarktorientierte, sozial inklusive Berufsbildung und Hochschulbildung			
<ul style="list-style-type: none"> - Beitrag zur Stärkung der nationalen, regionalen und lokalen Kapazitäten der VET-Akteure für die Entwicklung von arbeitsmarktrelevanten Berufsbildungs- und Weiterbildungsangeboten sowie von hochschulischen Maßnahmen - Stärkung regionaler und transnationaler Zusammenarbeit im Bereich allgemeiner und beruflicher Bildung, insb. im Rahmen von 	<ul style="list-style-type: none"> - Die Zusammenarbeit von Anbietern beruflicher Bildung, Entscheidungsträgern im Bildungsbereich und Wirtschaft ist verbessert. - Die Qualität und das Angebot betrieblichen Lernens ist erhöht. - Die Berufsbildung ist qualitativ und verstärkt an wirtschafts- und arbeitsmarktrelevante Bedürfnisse angepasst - Die Qualität und Chancengerechtigkeit der 	<ul style="list-style-type: none"> - Erhöhung der Anzahl der geschulten MitarbeiterInnen der VET-Strukturen - Anstieg von fair bezahlten und sozialrechtlich abgesicherten Praktikerverträgen und -plätzen bei diversen Unternehmen - Anzahl der Maßnahmen, die zur Erhöhung der Chancengerechtigkeit im Bildungsbereich gesetzt werden (z.B. Abbau von Barrieren im Zugang, gezielte Fördermaßnahmen für „students at risk“, 	BMBF, BMWFW, KKA, RCC, ERI-SEE, ZSI, österr. Expertise, andere Geber

<p>EUSDR und ERI SEE</p> <ul style="list-style-type: none"> - Fokus auf Stärkung der Qualität beruflicher Aus- und Weiterbildung durch Elemente dualer Aus- und Weiterbildung oder anderer Formen des betrieblichen Lernens - Stärkung der Chancengerechtigkeit in Bildung, Ausbildung und Zugang zum Arbeitsmarkt 	<p>Bildungssysteme ist verbessert</p> <ul style="list-style-type: none"> - Die Netzwerke und der Kapazitätenaufbau sind gestärkt 	<p>Berufsberatungs- und Orientierungsmaßnahmen, Schaffung eines inklusiven Schulklimas) Verbesserung der Qualität und Chancengerechtigkeit der Bildungssysteme</p> <ul style="list-style-type: none"> - Gestärkte Netzwerke und Kapazitätenaufbau - Unterstützung der EU Annäherung der Länder des Donauraums/Westbalkans durch Zusammenarbeit im Bildungsbereich zwischen MS und Nicht-MS 	
Regierungsführung, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit			
<p>Beitrag zu guter Regierungsführung, der Förderung von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit durch Kapazitätsentwicklung, einschließlich staatlicher Institutionenauf-/ausbau und Stärkung zivilgesellschaftlicher Kapazitäten, insbesondere im Kontext der Annäherung an bzw. Integration in die EU mit Fokus auf politische, soziale und wirtschaftliche Partizipation und Teilhabe von Frauen, Kindern und Jugendlichen sowie marginalisierten Gruppen, wie ethnische Minderheiten, Roma und Menschen mit Behinderungen</p>	<p>Die EU-Annäherung der Länder des Donauraums/ Westbalkans erfolgt unter verstärkter Einbeziehung der Zivilgesellschaft, erhöhter Berücksichtigung sozial benachteiligter Gruppen und verbesserten rechtsstaatlichen Strukturen</p>	<ul style="list-style-type: none"> <input type="checkbox"/> Anzahl der Länder, die Know-How Transfer für die EU-Annäherung nutzen <input type="checkbox"/> Anzahl der Länder, deren Corruption Perception Index sich verbessert 	<p>Österr. Städtebund/KDZ, ZEI, UNODC, IACA, BIRN, Regional Anti-Corruption Initiative, RCC, UNICEF, Terre des Hommes, OAK Foundation, UNWOMEN, andere Geber (DEZA...), Sozialministerien, .BK, CSOs (CARE, BIM, CSSP...) REC (Regional Environmental Center), UNDP, OSCE, UNEP</p>
	<p>Geschlechtergerechtigkeit und Gleichstellung sind verbessert, und der Zugang von Frauen zu Entscheidungsprozessen/-gremien ist gestärkt</p>	<ul style="list-style-type: none"> <input type="checkbox"/> Anzahl der Länder, in denen sich Geschlechtergerechtigkeit auch in nationalen/lokalen Budgets widerspiegelt <input type="checkbox"/> Anzahl der Länder mit erhöhtem Frauenanteil auf jeder Entscheidungsebene 	
	<p>Erhaltung einer lebenswerten Umwelt: Umweltprobleme werden in regionalen Institutionen identifiziert, analysiert und in gemeinsamen regionalen Anstrengungen gelöst</p>	<ul style="list-style-type: none"> <input type="checkbox"/> Anzahl der Länder, in denen Konflikte auf Grund von Umweltproblematiken in den entsprechenden Gremien besprochen und gelöst werden <input type="checkbox"/> Anzahl der Länder mit verbessertem Ressourcenmanagement <input type="checkbox"/> Anzahl der Länder mit operativem institutionellen Rahmen für die Entwicklung und Förderung von emissionsarmen Technologien 	